

Linkspartei.PDS Mecklenburg-Vorpommern
5. Tagung des 9. Landesparteitages
17. März 2007, Sternberg

Rede des Landesvorsitzenden Peter Ritter

Gemeinsam für eine andere Politik

Anrede,

Herzlich willkommen zur 5.Tagung des 9.Landesparteitages der Linkspartei.PDS
Mecklenburg-Vorpommern.

Es ist dies der letzte Landesparteitag der Linkspartei.PDS.

Es ist Abschied und Aufbruch zugleich.

Und ein Anlass für Rückschau und Weichenstellung in die Zukunft.

Beides darf heute aber nicht abgeschlossen werden.

Denn: Beides ist für den künftigen Kurs der neuen Linken unerlässlich.

In den Wendezeiten 1989/1990 haben wir uns auf den Weg gemacht, um aus einer von tiefen Widersprüchen gekennzeichneten Partei eine neue demokratische und zukunftsfähige Partei aufzubauen.

Die Partei, die angeblich immer Recht hatte, hatte keine Antworten mehr auf die Fragen, die ihr die Bürgerinnen und Bürger zu Recht stellten. Jedenfalls hatte sie nicht solche Antworten, die für die Menschen akzeptabel waren.

Und so gehören zur Rückschau eben nicht nur fast 17 Jahre PDS-Geschichte, sondern auch die Jahre davor.

Mit "kritischer und solidarischer Auseinandersetzung mit der Geschichte linker Praxis" ist dieser Prozess in den "Programmatischen Eckpunkten" für die Gründung einer neuen linken Partei beschrieben.

Es ging und geht dabei um Aufklärung über und nicht um Verklärung der Verhältnisse.

Es ging und geht uns immer um eigenes gelebtes Leben, eigene Verantwortung, eigene Erfolge und Niederlagen.

Aus meiner Sicht heißt es daher in den "Programmatischen Eckpunkten" zu Recht:

"Wir haben aus der Geschichte gelernt: Respekt vor den Ansichten Andersdenkender ist

Voraussetzung von Befreiung. Wir lehnen jede Form von Diktatur ab und verurteilen Stalinismus als verbrecherischen Missbrauch des Sozialismus. Freiheit und Gleichheit, Sozialismus und Demokratie, Menschenrechte und Gerechtigkeit sind für uns unteilbar."

Dieses Herangehen, liebe Genossinnen und Genossen, ist Grundlage für unsere Glaubwürdigkeit.

Es unterscheidet uns im übrigen auch von all denen, die heute in Bund und Land Verantwortung tragen und den Eindruck erwecken wollen, dass sie erst nach 1989 geboren wurden.

Anrede,
es gehörte in den Wende-Monaten oft auch viel Mut dazu, sich in der PDS, und das in aller Öffentlichkeit, zu engagieren.

Ich habe in dieser Zeit viele interessante Menschen kennen gelernt. Vielen begegne ich noch heute mit Hochachtung.

Eine diese Erinnerungen geht zurück in den ersten Landtagswahlkampf 1990.

Auf dem Marktplatz in Neubrandenburg - damals noch "Karl-Marx-Platz" - traf ich zum ersten mal Hansi Scheringer. Er war damals - man höre und staune - angekündigt und aufgetreten als Ministerpräsidentenkandidat der LinkenListe/PDS.

Ein mutiger Schritt, und vielleicht sogar der Beginn der Dauerdebatte in der PDS nach der Frage: Sollen wir oder sollen wir nicht - mitregieren.

Auf alle Fälle war dies der Beginn eines langes Kampfes der PDS um alternative Politikangebote, um Akzeptanz bei Wählerinnen und Wählern, um Anerkennung als Bündnispartner im außerparlamentarischen Raum.

Wahlerfolge machten uns Mut und schweißten uns zusammen. Fast schien es gesetzmäßig, von Wahl zu Wahl zuzulegen.

Heiß diskutiert wurde die Frage, was mit diesem Zugewinn an Akzeptanz geschehen solle.

Nicht zwangsläufig und prinzipienlos, sondern nach langen Debatten und unter bestimmten Bedingungen entschieden wir uns für die Regierungsbeteiligung.

Martina Bunge, Helmut Holter und Wolfgang Methling waren bundesweit die ersten Landesminister mit dem Parteibuch der PDS.

Und für viele in der PDS war das damals auch Genugtuung und Stolz.

Doch die Mühen der Ebene erreichten uns. Die Bäume sind auch für uns nicht in den Himmel gewachsen. Dem hohen Erwartungsdruck konnten wir augenscheinlich nicht in ausreichendem Maße standhalten. Und vielleicht war das eine oder andere Wahlversprechen auch mehr Populismus als realitätsnah.

Damit meine ich ausdrücklich nicht das kostenfreie Vorschuljahr!

Aus Genugtuung und Stolz wurden Kritik und Distanz.

Denn, den Wahlerfolgen folgten schmerzliche Wahlniederlagen und zermürende Debatten. Die Ursachenforschung dauert bis heute an.

Diese Erfahrungen, die wir in ihrer Gesamtheit machen mussten, waren und sind für die Linkspartei.PDS heute und Die Linke in Zukunft von enormer Bedeutung und dürfen

einseitigen Betrachtungsweisen nicht unterworfen werden.

Anrede,

Doch nicht nur mit diesen Erfahrungen prägte der Landesverband der Linkspartei.PDS Mecklenburg-Vorpommern die Entwicklung der Gesamtpartei.

Abgeordnete in Kreistagen, Stadt- und Gemeindevertretungen, zwei Landrätinnen, zahlreiche haupt- und ehrenamtliche Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, halfen und helfen mit, Kommunalpolitik zu einem Markenzeichen der Linkspartei zu gestalten.

Dafür allen ein herzliches Dankeschön!

Und wenn heute Mitglieder unseres Landesverbandes auf Bundesebene

- wie Angelika Gramkow und Irene Müller als Mitglieder des Parteivorstandes,
- Dietmar Bartsch als Bundesgeschäftsführer,
- Wolfgang Methling als stellvertretender Parteivorsitzender und
- Manfred Millow als Sprecher des Bundesparteirates

eine wichtige Rolle spielen, dann spricht das auch für Akzeptanz und Achtung unserer Arbeit in der Bundespartei.

Nicht vergessen in dieser Aufzählung will ich

- unseren Europaabgeordneten Andre Brie und
- unsere Bundestagsabgeordneten Martina Bunge, Heidrun Bluhm und Dietmar Bartsch.

Auch euch, liebe Genossinnen und Genossen, ein herzliches Dankeschön für euer engagiertes Wirken und die konstruktive Zusammenarbeit!

Nicht zuletzt leben auch viele Bundesarbeitsgemeinschaften von den Mitstreitern aus Mecklenburg-Vorpommern, so

- die Bundesarbeitsgemeinschaft "Betrieb und Gewerkschaft" durch Barbara Borchardt,
- die Bundesarbeitsgemeinschaft "Wirtschaft" durch Helmut Holter,
- die Bundesarbeitsgemeinschaft "Umwelt" durch Wolfgang Methling oder
- die Bundesarbeitsgemeinschaft "Rechtsextremismus" durch Wolfgang Dietrich.

Diese Arbeit hat auch mit dazu geführt, unser Programm mit Leben zu erfüllen und aus dem abstrakten "Strategischen Dreieck" praktische Politik werden zu lassen.

Anrede,

wir haben eine Menge Erfahrungen gemacht auf unserem Weg seit 1989/90. Gute und weniger gute.

Lasst sie uns produktiv in den Parteineubildungsprozess einer neuen linken Partei mit einbringen.

Wir müssen das schaffen. Jetzt. Mit aller Kraft.

Wir werden unsere Erfahrungen einbringen, unsere Identität und die Interessen Ostdeutschlands im Streit um eine andere Politik, wie es in den programmatischen Eckpunkten heißt.

Und eine andere Politik hat diese Bundesrepublik bitter nötig!

Anrede,

vor wenigen Tagen begingen wir den Internationalen Frauentag.

In diesem Zusammenhang ist mir eingefallen, dass seit über einem Jahr eine Frau an der Spitze der Bundesregierung steht. Was hat uns diese Regentschaft gebracht?

- Anhaltende Diskussionen darüber, wie die Bedingungen für Hartz- IV- Betroffene weiter verschärft werden können.
- Eine Gesundheitsreform, die vor allem krank macht.
- Tornados in Afghanistan.
- Eine Mehrwertsteuererhöhung, die kleine und mittlere Einkommen besonders hart trifft.

Ich darf noch einmal an die meisterhafte Rechenkünste von CDU und SPD erinnern: Zwei plus Null macht drei.

Adam Ries würde sich heute die Haare raufen.

Und: Eine Rentenreform, die im Kern eine Rentenkürzung ist und die Rentenungerechtigkeit weiter vertieft, gehört zu dieser Bilanz.

Zu dieser Reform war in einem Kommentar in einer der drei großen Tageszeitungen folgendes zu lesen:

“Wer als 40-Jähriger heute zehn Jahre länger lebt als seine Eltern, kann getrost zwei Jahre länger arbeiten. Und will es vielleicht sogar, weil er gebraucht wird. Denn ab 2010 kippt der Arbeitsmarkt: Ältere Arbeitnehmer werden gebraucht. Wenn das keine guten Aussichten sind.”

Soviel Zweckoptimismus habe ich schon lange nicht gelesen.

In Gesprächen mit den Betriebsräten der Peene-Werft in Wolgast oder dem Zugbegleiter der Deutschen-Bahn-AG auf meiner Fahrt nach Schwerin, habe ich von solcher Begeisterung nichts gespürt.

Eher das Bedürfnis, die Zeitung abzubestellen.

Und wenn dann noch der SPD-Sozialminister dieses Landes die Entscheidung des Bundestages zur Rente mit 67 lobt, kann man nur noch mit dem Kopf schütteln.

Soviel Realitätsverlust kann man sich nicht leisten, auch nicht, wenn man kurz vor der Wahl zum Landesvorsitzenden der SPD steht.

Anrede,

im Hinblick auf die Rente mit 67 gibt es für die hiesige SPD jedoch noch die Chance zum Kurswechsel.

Ich fordere den Ministerpräsidenten dieses Landes und seinen Sozialminister auf, der Rente mit 67 im Bundesrat nicht zuzustimmen und somit den berechtigten Protesten auch hier im Land Rechnung zu tragen.

Anrede,

auch an diesem Beispiel wird klar, dass es eben nicht egal ist, wer in einem Bundesland regiert und wie dieses Land regiert wird.

Und für die Linkspartei hat sich bisher dabei immer wieder die Frage gestellt: Welche Verbesserungen können wir für die Einwohnerinnen und Einwohner im Land erreichen und welche Alternativen können wir in praktische Politik umsetzen.

Dieser Fragestellung muss sich auch die neue Linke künftig stellen.

Politik gestalten, dazu gehört eben auch, unter Berücksichtigung verschiedenster Voraussetzungen, eine Regierungsbeteiligung auf Landesebene. Das war und wird für die Linke nie Selbstzweck sein, nie Selbstzweck sein können.

Die Frage kann also nicht lauten: Was nützt oder was schadet der Partei?

Die Frage muss lauten: Was kann die Partei für die Verbesserung der Situation der Kommunen, der Situation des Landes und der dort lebenden Menschen erreichen.

Die Praxis an zwei ausgewählten Beispielen:

1. Bildung: Das rot-rote Berlin bringt die Gemeinschaftsschule auf den Weg. Im rot-schwarzen Mecklenburg-Vorpommern wird das gemeinsame längere Lernen bis zur Klasse 8 nicht mehr umgesetzt.
2. Arbeitsmarktpolitik: Im rot-roten Berlin werden Modellprojekte für versicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse als Alternative zu Hartz IV auf den Weg gebracht. Ob im rot-schwarzen Mecklenburg-Vorpommern ein ähnlicher Antrag der Fraktion der Linkspartei Realität wird, ist offen.

Wir erleben in unserem Land gerade hautnah, wie vieles an alternativen Politikkonzepten der letzten acht Jahre rot-rot der neuen rot-schwarzen Politik geopfert wird.

Im Klimaschutz und in der Umweltpolitik, der Arbeitsmarkt - und Sozialpolitik, der Bildungspolitik.

Von dieser Politik Betroffene merken schon jetzt, dass es eben nicht egal ist, wer im Land regiert.

Deshalb ist es aus meiner Sicht falsch, die jetzt vor uns stehende Programmdebatte der neuen Linken zu nutzen, Regierungsbeteiligungen der Linken jetzt wieder in die Schmutzlecke zu stellen, die eigenen Leistungen der letzten acht Jahre zu negieren und die aktuelle Berliner Regierungsbeteiligung bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit als Teufelszeug anzuprangern.

Voran gebracht haben uns solche Debatten kein Stück.

Hilfreicher finde ich da schon die Vorstellungen in den programmatischen Eckpunkten, wo es heißt:

Regierungsbeteiligung "...ist für die LINKE ein Mittel politischen Handelns und gesellschaftlicher Gestaltung, wenn dafür die notwendigen Bedingungen gegeben sind und wenn die LINKE sich mit alternativen linken Projekten öffentlich erkennbar profiliert..."

Im nachfolgenden sind klare Maßstäbe formuliert, und wer die Eckpunkte bis zu Ende liest, wird diese auch finden. Und schließlich heißt es:

"Die LINKE ist - auch in der Regierung - nur so stark, wie sie in der Gesellschaft verankert ist und gesellschaftliche Unterstützung erfährt."

Anrede,

lasst uns die vor uns stehende Debatte zum Programm und zur praktischen Politik der neuen Linken nutzen, um mit einem offenen - in die Gesellschaft hinein gerichteten - Dialog zeigen: Ja, wir sind eine politische Kraft, die die Sorgen und Probleme der Menschen ernst nimmt.

Wir kümmern uns nicht nur um uns selbst und zanken derweil darüber, wer innerhalb der Linken der bessere Antikapitalist ist. Solche Debatten findet nach außen hin kaum jemand interessant. Im Gegenteil: Diese Art von Selbstbeschäftigung schwächt uns. Vertrauen können wir damit nicht gewinnen.

Spannender für Menschen außerhalb der Linkspartei dürfte dagegen die Frage sein, welche Vorschläge die Linke für die künftige Entwicklung des Landes Mecklenburg-Vorpommern zu bieten hat.

In den zurückliegenden acht Jahren haben wir dabei viel auf den Weg gebracht.

Ich erinnere an dieser Stelle

- an die alternativen Konzepte zur Arbeitsmarktpolitik,
- an das Landesentwicklungsprogramm,
- an das Konzept zur nachhaltigen Entwicklung,
- das Kinder- und Jugendprogramm,
- an die Konzeption zur beruflichen und sozialen Integration von Migrantinnen und Migranten,
- an die Konzeption zur nachhaltigen Finanz- und Haushaltspolitik,
- an das Landesprogramm "Demokratie und Toleranz gemeinsam stärken",
- an die frühkindliche Bildung und Erziehung in der Kita,
- an die Verwaltungsmodernisierung

und vieles andere mehr.

Da müssen wir weitermachen.

Die AG "Strategie/ Wahlen" beim Landesvorstand schlägt euch daher heute vor, die Erarbeitung eines "Leitbildes Mecklenburg-Vorpommern 2020" in Angriff zu nehmen.

Dieses Leitbild soll zukunftsfähige und sozial gerechte Antworten auf den radikalen Wandel unserer Lebensverhältnisse geben.

Es soll neue Wege weisen, wie die Herausforderungen durch rapide technologische Innovation, wirtschaftlichen Umbruch, sozialen Wandel und demografische Veränderungen genutzt werden können, um Lebensqualität und Lebenschancen für alle Menschen zu sichern und zu verbessern.

Dieses Leitbild soll in einem breiten Diskussionsprozess innerhalb des Landesverbandes und mit den Einwohnerinnen und Einwohnern unseres Landes entwickelt werden.

Damit dieses Leitbild als unsere Alternative im Landtagswahlkampf 2011 angeboten werden kann, müssen wir jetzt mit der Arbeit beginnen.

Im Antrag A 3 schlägt euch die Arbeitsgruppe "Strategie/Wahlen" die dazu ersten notwendigen Schritte vor.

Ich bitte um Eure Zustimmung zum vorliegenden Antrag. Vor allem bitte ich Euch um Eure Mitarbeit.

Anrede,

Im Juni werden wir nicht nur die Gründungsparteitage der neuen Linken erleben. Im Juni steht noch ein anderes Großereignis vor uns.

In Heiligendamm trifft sich die selbsternannte Weltregierung der Großen 8.

Selbsterklärtes Ziel der Großen 8 war, die Armut und Ungerechtigkeit in der Welt zu bekämpfen. Anspruch und Wirklichkeit liegen weit, weit auseinander.

Seit dem ersten Gipfeltreffen hat die Verschuldung der Länder der so genannten Dritten Welt nicht abgenommen. Hunger und Krankheiten gehören in diesen Länder weiter zur Tagesordnung.

Die Großen 8 sind auch die größten Klimaschädlinge.

Krieg ist für die Großen 8 wieder zum Mittel der Politik geworden. Vom Irak, über Afghanistan bis nach Tschetschenien.

Bei einer solchen Politik darf man nicht tatenlos zusehen! Friedlicher und fantasievoller Protest sind deshalb notwendig.

Friedlich und fantasievoll heißt für mich aber klar: gewaltfrei und ohne militante Mittel.

Notwendig ist aber auch die Debatte über Alternativen zur Politik der G8! Denn: Eine andere Welt ist möglich, und vor allem nötig!

Die Linkspartei Mecklenburg-Vorpommern unterstützt daher die Proteste der globalisierungskritischen Bewegung und wird sich an der Debatte und Formulierung von alternativen Politikansätzen intensiv einbringen.

Eine Möglichkeit dazu bietet die im Antrag der LAG "Frieden und internationale Sicherheit" vorgeschlagene Friedens-Ideen-Konferenz am 12. Mai, die wir in Kooperation mit dem "Friedenszentrum" in Anklam organisieren wollen.

Eine andere Möglichkeit ist die große Protestdemonstration am 2. Juni in Rostock, zu deren Teilnahme ich euch alle auffordern möchte.

Anrede,
jetzt höre ich schon wieder die jungen und die alten Wilden in der CDU aufheulen: Erst holt die PDS als Regierungspartei den Gipfel mit ins Land und nun protestiert sie dagegen! Ich wiederhole gern noch einmal:

Weder in der damaligen Landesregierung noch in der Koalition hat es einen Antrag auf Ausrichtung des Gipfels oder durch die Fraktion der Linkspartei eine Begrüßungssorgie des Gipfels gegeben!

Wir haben uns aber nach Verkündung des Tagungsortes Heiligendamm kundig gemacht, was so ein Gipfel kostet.
Und deshalb haben wir gesagt: 10 Millionen Euro aus dem Landeshaushalt, mehr nicht!

Das - und nicht die bei uns fälschlicher Weise ausgemachten Wackelkandidaten -war dem Ministerpräsidenten ein Hauptgrund, die Koalition mit der CDU einzugehen.

Das auch die CDU im Koalitionsvertrag die besagten 10 Millionen Euro fixiert hat und wenige Tage später weitere 12 Millionen schluckte, spricht deutlich für die Prinzipienlosigkeit der Christdemokraten.

10 Millionen + 12 Millionen + 22 Millionen vom Bund + 34 Millionen im Nachtragshaushalt für 2007 - dass sind die Summen, die zur Zeit zu Buche schlagen.

Angesichts dieser Zahlen jeden Tag von den angeblichen Chancen des Gipfels für das Land zu schwadronieren, ist mehr als weltfremd.

Nimmt man diese Summen her, erscheinen die Debatten um kostenfreie KITA-Plätze oder das von uns beantragte - und von der Koalition abgelehnte - kostenfreie Mittagessen an den Grundschulen des Landes unter einem ganz anderen Licht.

Sicherlich für eine gewisse Zeit werden sämtliche Hotelbetten entlang der Ostseeküste belegt sein, mit Journalisten, Sicherheitskräften, Politikern.

Allein US-Präsident Bush, so Mainhardt Graf von Nayhauß, einer der bekanntesten Journalisten Deutschlands, will mit 1000 Begleitern einfliegen.

Ob sich daraus aber eine nachhaltige Wirkung für die Tourismuswirtschaft ableiten lässt, ist

eine trügerische Hoffnung.

Auch dass der Wirtschaftsminister zur Erbauung der Gäste auf der ITB in Berlin zum wiederholten Male "Marmor, Stein und Eisen..." trällerte, wird bald vergessen sein.

Einen Bruchteil des Gipfel-Geldes aber für die weitere Entwicklung, z.B. der touristischen Infrastruktur oder für Saison verlängernde Maßnahmen auszugeben, hätte einen vielfach höheren Nutzen, denn unser Land hat mehr als "Wildschwein á la Bush" zu bieten.

Ach - ja : Bush.

Die Kosten des Bush-Besuchs verschweigt die Landesregierung bis heute tapfer. Auch eine entsprechende Anfrage meinerseits über das neue Informationsfreiheitsgesetz wurde abgelehnt.

Sollte ich dennoch weiter bohren, hat man mir schon mal Bearbeitungskosten und Gebühren in Höhe von 1000 Euro in Aussicht gestellt. Wir werden dennoch weiter bohren.

Denn der Steuerzahler dieses Landes hat doch wohl ein Recht darauf zu erfahren, zu welchem Zwecke öffentliche Gelder verfrühstückt oder gegrillt, werden.

Anrede,
auch der selbsternannte Herr Oppositionsführer im Landtag, der Vorsitzende der NPD-Fraktion, gibt vor, gegen den G-8-Gipfel zu protestieren.

Auf ihren Internetseiten brüstet sich die NPD, 12 Anträge gegen den Gipfel im Landtag gestellt zu haben. Zu ihren "Alternativen" sagt die NPD nichts.

Die Alternative der NPD zur Globalisierung ist der völkische Nationalstaat, gepaart mit Rassismus.

Auf solche Alternativen verzichtet die globalisierungskritische Bewegung getrost.

Darüber aufzuklären und den neuen Nazis ständig die Maske vom Gesicht zu reißen, ist eine Aufgabe für jeden Tag.

Wir wissen doch: Toleranz und Demokratieverständnis, ja, ich will auch sagen Antifaschismus, beginnt nicht erst in der Schule.

Es beginnt in der Familie mit Geschichten über Vergangenheit und Gegenwart.

Nur wer weiß, was gewesen ist, kann die Dinge einordnen und eine Position einnehmen.

Wir dürfen nicht zulassen, dass menschenverachtende und demokratiefeindliche Politik mehr und mehr um sich greift.

Unser Ringen um mehr Demokratie und Toleranz, gegen Rechtsextremismus und Gewalt muss noch stärker werden. In breiten Bündnissen, in jeder Kommune, im Freundes- und Familienkreis.

Die von Naziideologie triefende Erwiderung des NPD-Fraktionsvorsitzenden auf die Regierungserklärung des Ministerpräsidenten hat aber auch deutlich gemacht, dass wir klare verfassungsrechtliche Regelungen brauchen, um diesem Treiben Einhalt zu gebieten.

Ich bin daher froh, euch heute sagen zu können, dass die erforderliche Anzahl von 15.000 Unterschriften für die Volksinitiative "Für ein weltoffenes, friedliches und tolerantes Mecklenburg-Vorpommern" gesammelt wurden.

Das ist ein wichtiges Signal in das Land hinein.

Ich möchte mich dafür bei den Erstunterzeichnern der Volksinitiative und bei allen Vereinen und Verbänden, die die Initiative unterstützt haben, und natürlich bei euch, liebe Genossinnen und Genossen, für die aktive Mitwirkung bedanken.

Euch möchte ich bitten: Sammelt weiter Unterschriften, klärt weiter auf!

Die Fraktionen der demokratischen Parteien im Landtag rufe ich auf:
Schließen sie sich dem Anliegen der Volksinitiative an! Denn die Wiederbelebung faschistischer Ideologien ist unerträglich. Wir Demokratinnen und Demokraten nehmen das nicht hin!

Anrede,

Lothar Bisky hat in den zurückliegenden Wochen oft von der "Baustelle" Parteibildung gesprochen.

Am kommenden Wochenende, so Lothar, erfolgt eine erste öffentliche Bauabnahme. Wir wissen, der Neubau der Linken ist noch nicht abgeschlossen.

Ich bin deshalb froh, dass Lothar erklärt hat, das er in der nächsten wichtigen Zeit der Feinarbeit am Bau auch weiterhin unser oberster Bauherr bleiben will.

Ich bin mir sicher, dass ihm dabei, zusammen mit Oscar Lafontaine - der schon auf vielen anderen Baustellen Erfahrungen gesammelt hat – elementares einfällt, um aus dem Neubau ein offenes und stabiles Haus entstehen zu lassen.

Ein Haus, in dem Leute leben, die etwas füreinander übrig haben. Und zwar nicht nur für sich, sondern auch für ihre Nachbarn.

Ein Haus, in dem Menschen leben, die Ideen haben wie es gehen kann, dass die Gesellschaft gerechter wird.

Und, liebe Genossinnen und Genossen, ein Haus, indem es kulturvoll zugeht, in dem gelacht, geliebt und geweint, gelesen und musiziert, natürlich auch gestritten wird.

Damit dieses Haus aber zu einer guten Adresse für eine demokratische, soziale, ökologische, feministische, antirassistische, antifaschistische, kulturvolle, konsequent friedliche Politik wird, bedarf es unser aller Mitwirkung.

Sorgen wir mit einer hohen Beteiligung an der Urabstimmung und mit einer hohen Zustimmung zur Bildung der neuen Linken für ein deutliches Signal aus Mecklenburg-Vorpommern.

Gehen wir den Weg zu einer neuen Linken in Deutschland selbstbewusst, leidenschaftlich und konsequent.

Gemeinsam für eine andere Politik!